Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 177. [50. Jahrgang.] Sonntag den 30. Juli 1911. Erste (Abend-)Ausgabe. [50. Jahrgang.] Nr. 177.

Berlin, den 29. Juli.

Rückblicke.

Soweit innerpolitische Angelegenheiten in Frage kommen, sind wir ungefähr beim Ruhepunkt des Jahreslaufes angelangt; man hat sich während der letzten Woche ganz gewiß weit lebhafter über die Witterung, als über Erscheinungen des Parteiwesens unterhalten. Selbst die Veränderungen im Hansabunde und die damit zusammenhängenden Kundgebungen zwischen den Parteiwegen des Widerhalls in der Oeffentlichkeit, obgleich die Auseinandersetzungen hier noch fern vom Abschluß sein mögen. Wohl aber ist die Wahlbewegung in Düsseldorf Gegenstand von Erörterungen in der Presse geblieben, und der Führer der Fortschrittlichen Volkspartei des dortigen Reichstagswahlkreises, Prof. Schloßmann, hat es doch als nötig erachtet, den bekannten Beschluß des Eintretens für den Sozialdemokraten gleich bei der Hauptwahl näher herzuleiten. Ausgehend von den Vorgängen innerhalb der Düsseldorfer liberalen Vereinigung legt der im Bergischen Türmer erschienene Artikel dar, daß die Fortschrittliche Volkspartei, als sie von der Möglichkeit hörte, die liberale Vereinigung wolle auf eine Kandidatur verzichten, zu erkennen gegeben habe, daß dann die Fortschrittliche Volkspartei ihrerseits einen Kandidaten aufstellen würde. Im Hauptvorstande der liberalen Vereinigung sei dies als eine Pression auf die Entscheidung einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Mitgliedern des Vorstandes bezeichnet worden. Druck und Zwang bei einer solchen Entschließung auszuüben, halte er, Prof. Schloßmann, aber bei gemeinsamer Arbeit auch dann für unerlaubt, wenn das Ziel, das man damit erreiche, gut sei. Hätte die Fortschrittliche Volkspartei auf ihrer Kandidatur bestanden, im Falle die liberale Vereinigung verzichte, so hätte die liberale Vereinigung, von der Fortschrittlichen Volkspartei getrieben, den Kampf führen müssen. Den Mißerfolg hätte man dann der Fortschrittlichen Volkspartei „voll und ganz" in die Schuhe geschoben, und daß es einen solchen gegeben hätte, sei zweifellos. Sich aber mit der Wucht der Verantwortung für solch einen Hineinfall belasten zu lassen, erscheine unzweckmäßig, hätte überdies für die Fortsetzung einer gemeinsamen liberalen Politik in Düsseldorf das Ende bedeutet. Daher habe er im Hauptvorstand der liberalen Vereinigung durch einen Vertagungsantrag eine weitere achtzigige Ueberlegungszeit ermöglicht, leider aber nicht damit erreicht, was er gewollt. Nachdem die liberale Vereinigung die Aufstellung eines eigenen Kandidaten abgelehnt, war die Möglichkeit geblieben, dem Freisinn das zu überlassen. Die Mehrheit im Vorstand der liberalen Vereinigung habe aber eine Kandidatur der Fortschrittlichen Volkspartei für unerwünscht erklärt. Prof. Schloßmann sagt dann weiter: „Wie dem auch sei, die Mehrheit im Vorstande der liberalen Vereinigung hat dahin entschieden, daß sie in einer Aufstellung eines Kandidaten unserseits eine unfreundliche Handlung erblicken würde, die eine Gegenaktion im Gefolge haben müßte. Jetzt ein Wahlkampf zwischen Fortschrittlicher Volkspartei und Nationalliberalen und dann in der (allgemeinen) Hauptwahl ein gemeinsamer Kandidat ist natürlich ein Unding, und so mußten wir entweder das geschlossene Abkommen (für 1912 einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen) lösen, oder uns fügen. Von förmlich abgeschlossenen Bündnissen zurücktreten, halte ich unter allen Umständen für unloyal, wenn nicht zwingende, den Parteibestand gefährdende Gründe dafür sprechen. Etwas Derartiges liegt meines Erachtens im vorliegenden Falle nicht vor. Unsere Parteifreunde werden es verstehen, daß wir das zusammengeschmolzene Häuflein der Liberalen nicht getrennt und in zwei Herlinger gespalten in den Kampf ziehen lassen wollen. Und das um so mehr, als ja wenigstens das große politische Hauptziel, die Verstärkung der Macht der Linken und die Schwächung des schwarz-blauen Blockes, unzweifelhaft am sichersten und einfachsten erfolgt, wenn man die Wahl direkt als Stichwahl auffaßt."

Daß vom allgemeinen Standpunkte des Liberalismus außerhalb der Fortschrittlichen Volkspartei hiergegen Einwendungen erhoben werden konnten, war von vornherein klar. Wir finden sie ausgesprochen in der Berliner Börsenzeitung. Die Wahlstatistik in Düsseldorf, so heißt es da, bilde ein vollständiges Nonum. Wenn die Fortschrittliche Volkspartei zur Begründung ihres Verhaltens die Formulierung wählte: „Wir betrachten diese Hauptwahl sofort als Stichwahl," dann brauche nicht einmal in erster Reihe betont zu werden, daß doch vier Kandidaten vorhanden seien, nämlich außer dem Sozialdemokraten und dem Zentrumsmanne noch ein Demokrat und ein Christlichsozialer. Die zwei Letzterwähnten dürften ziffermäßig allerdings kaum ins Gewicht fallen, obwohl in Düsseldorf die Entscheidung von hundert Stimmen abhängen kann. Denke man sich diese beiden Kandidaten auch ganz in Wegfall, so lasse sich gegen jene Hauptwahl-Stichwahltheorie doch sagen, daß sie liberal gedacht sein werde, wenn eine Stichwahl durch die Wahl des kleineren Uebels sicher im ersten Gange beliebt wird. Was die Fortschrittspartei in Düsseldorf tue, bleibe eine Unterstützung der Sozialdemokratie gleich in der Hauptwahl. „Worin liegt nun das psychologische Motiv für ihre Haltung? Es ist mit aller Offenheit ausgesprochen worden: Der Sieg des Sozialdemokraten im ersten Wahlgange soll eine Fanfare für die allgemeinen Wahlen im Januar 1912 sein, ein Signal, ein Alpha, dem ein Beta usw. bis in die Mitte oder gar bis ans Ende des Alphabets folgen soll. Bei dieser Erwartung ist jedoch zu überlegen, daß gerade ein sozialdemokratischer Wahlsieg in Düsseldorf auf die Parteienkonstellation bei den allgemeinen Wahlen einen ganz außerordentlichen Einfluß ausüben kann. Die Rache des Unterliegenden würde nicht ausbleiben und der Bündnismöglichkeiten sind noch so manche, die bisher gar nicht oder nur als Ausnahmen und Anomalien in die Erscheinung getreten sind. Wir glauben zwar, auf eine ziemlich gute Kenntnis der Dinge gestützt, kaum, daß in Düsseldorf der fortschrittliche Beschluß eine durschschlagende Wirkung haben wird. Viele werden ihm folgen, Fortschrittler und auch Linksnationalliberale." Dafür reize der Beschluß aber nicht bloß die Lauen unter den Katholiken und Zentrumsanhängern, sondern auch die Anhänger der bürgerlichen Sammlung im anderen Lager. Voraussichtlich werde daher die Wahlbeteiligung enorm sein, trotz des Wahlenthaltungsbeschlusses der Nationalliberalen bezw. der liberalen Vereinigung. Von diesem Beschlusse könne man schon jetzt sagen, daß er nur platonische Bedeutung habe. Der Umstand, auf den hier und da in der Presse so viel Gewicht gelegt wird, nämlich daß der Zentrumskandidat dem Hansabund angehört, spiele gar keine Rolle.

• • •

Auf dem Parteitage, den die elsaß-lothringische Sozialdemokratie am 23. d. in Mülhausen i. E. abhielt, war außer dem Berliner Vorstande der Gesamtpartei, den badischen und württembergischen Organisationen zugleich die französische Sozialdemokratie vertreten. Schon vor Eintritt in die Tagesordnung nahm man einstimmig eine dräuende Resolution an „gegen die Einmischung Deutschlands in Marokko". Als man dann anfing, sich auf sich selbst zu besinnen, kamen Dinge zur Sprache, die den waschechten „Genossen" aus dem Reiche doch nachdenklich stimmen konnten. Die Debatte zum Geschäftsbericht drehte sich im wesentlichen um einen Antrag wegen Anstellung eines Parteisekretärs für Lothringen, ferner um die Herausgabe eines Wochenblattes in französischer Sprache. Die Vertreter Lothringens wiesen dabei auf die große wirtschaftliche Zukunft des lothringischen Berg- und Hüttenreviers hin, das bald mit dem Ruhrrevier weitreifern werde, und wo es gelte, sich durch den katholischen Volksverein nicht überflügeln zu lassen. Gegenüber den, wie der Vorwärts hinzusetzt, ein wenig hochtönenden Beteuerungen aus Lothringen, daß die französisch sprechende Bevölkerung doch von „sozialistischem Geiste" durchdrungen sei und daß sie nur des Bindemittels eines französisch geschriebenen Parteiorgans bedürfe, um sich ganz anzuschließen, warnten die Delegierten des Kreises Mülhausen vor allzuviel Optimismus. Der Vertreter des Parteivorstandes Müller-Berlin konnte hier nur beipflichten. Er machte auf den überaus hohen Zuschuß der Partei an Elsaß-Lothringen im Jahre 1910 (35 000 ℳ) aufmerksam, dem nur eine Gegenleistung von knapp 1000 ℳ gegenüberstehe. Die Organisation hat im vergangenen Berichtsjahre um 2100 Mitglieder zugenommen und zählt heute 4869 Mitglieder. Der Gesamtzuwachs der Mitgliederzahl betrage 6 pCt., sei also der niedrigste in ganz Deutschland. Wenn man endlich den hohen Wert der französisch-revolutionären Tradition noch so hoch anschlage, so könne man sich doch oft des Eindrucks nicht erwehren, daß in französischen Arbeiterkreisen nicht selten der Zwang zur regelmäßigen Beitragszahlung als eine Art Attentat auf die Verkündung der Menschenrechte angesehen wird. Als beglückender Schluß hierzu wurde die wohlwollende Prüfung der Anträge durch den Berliner Parteivorstand in Aussicht gestellt, aber die Eingeweihten rechnen bereits mit der Ablehnung eines so schlechten Geschäftes. Hierauf folgte die Resolution zu den Landtagswahlen. Sie verheißt, in sämtlichen Wahlkreisen des Landes den Kampf vollständig unabhängig zu führen, ohne Rücksichtnahme auf irgend eine der bürgerlichen Parteien, mit allem Nachdruck die grundsätzlichen Forderungen der klassenbewußten Arbeiterschaft betonend und für die Verwirklichung des Sozialismus tätig.

• • •

Aus Anlaß einer Darstellung im Organ der christlichen Bergarbeiter, die der sozialdemokratischen Nachkritik an der Reichsversicherungsordnung energisch zusetzte, führt die Germania näher aus, wie unbehaglich den „Genossen" in dieser Hinsicht zumute ist. Sie entbehren der Agitationswaffe, auf die sie hierbei gerechnet hatten, während in christlichen und nationalen Arbeiterkreisen öffentlich anerkannt wird, daß das neue Gesetz gegenüber dem alten ein bedeutender Fortschritt ist. Ablehnung wäre eine Schädigung der Lohnarbeiterschaft gewesen. Es kommt hinzu, daß man gegenüber den offenkundigen Vorteilen des Gesetzes auch in sozialdemokratischen Gewerkschaftskreisen stutzig geworden ist und die Alles-oder-Nichts-Politik der Reichstagsfraktion nicht als unbedingt arbeiterfreundlich erkennen kann. So findet sich denn die sozialdemokratische Presse in eine Verteidigungsstellung gedrängt. Der Schwerpunkt der Agitation wird nicht mehr so sehr gegen das Gesetz als solches gerichtet, sondern man versucht jetzt, wie es schon auf dem Dresdener sozialdemokratischen Gewerkschaftskongreß geschah, den parlamentarischen Hergang darzustellen, als hätten die christlichen Arbeitervertreter und auch das Zentrum es in der Hand gehabt, alle die sozialdemokratischen Anträge Gesetz werden zu lassen. Sie werden in der Presse zum Teil oder ganz zum Abdruck gebracht. Der Bergknappe, das schon genannte Organ des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, drehte jedoch mit leichter Mühe den Spieß um, indem er die sozialdemokratischen Anträge zur Krankenversicherung ebenfalls zum Abdruck brachte, zugleich aber auch als Kommentar die Mehrbelastung, die sich aus jedem einzelnen Antrag ergeben hätte. Ausdrücklich wird betont, das Zahlenmaterial stamme aus amtlicher und sachverständiger Quelle. Der Bergknappe rechnet den Sozialdemokraten weiter vor, wie viel von der gewaltigen Summe — mit 517 Millionen Mark Mehrausgabe, falls die Anträge Gesetz geworden wären — die Arbeiter selbst hätten tragen müssen, wobei die Knappschaftskrankenkassen berücksichtigt sind. Es entfallen nach dieser Berechnung 338 Millionen Mehrleistungen auf die Arbeiter und 179 Millionen mehr auf die Arbeitgeber. Was diese Beträge bedeuten, ergibt sich am deutlichsten, wenn man daneben hält, daß die gesamte im Jahre 1909 gegen Krankheit versicherte Arbeiterschaft Deutschlands, einschließlich der Knappschaftskassen 248 562 329 ℳ Krankenkassenbeiträge zahlte. Also die gesamten Krankenkassenlasten der deutschen Arbeiterschaft waren 1909 noch um 89 Millionen niedriger, als die Mehrausgaben, welche die sozialdemokratischen Anträge notwendig gemacht hätten. „Nun würde auch mancher begreifen, weshalb die Sozialdemokraten die Anträge dem Publikum vorsagten, aber so hartnäckig darüber schwiegen, welche Mehrlasten an Beiträgen sie im Falle der Annahme der Arbeiterschaft aufgebürdet hätten." Das Gewerkschaftsorgan verspricht den Sozialdemokraten auch die Mehrbelastung der Arbeiter, die durch die sozialdemokratischen Anträge in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung entstanden wären, näher zu beleuchten. — Auch der einfachste Arbeiter dürfte jetzt ersehen, wohin es mit der Auffassung kommt, die wahre Kunst in der Sozialpolitik bestehe darin, nachher sagen zu können, man habe so und so viele Anträge gestellt.

Rundschau im Auslande.

Zur Marokko-Frage.

London, 28. Juli. Westminster Gazette schreibt:

Wir haben es mit einer Lage zu tun, die, wenn sie nicht vorsichtig und klug behandelt wird, Folgen haben könnte, die in gar keinem Verhältnis zu den Anlässen stehen würden, die sie herbeigeführt haben. Wird sie aber klug und vorsichtig behandelt, dann dürfte sie, und wie wir hoffen, wird sie zu einem dauernden besseren Einvernehmen zwischen allen beteiligten Mächten führen. Glücklicherweise ist guter Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Diplomatie nach einigen Tagen der Erregung in ein kühleres, normaleres Fahrwasser zurückkehrt. Wir bedauern offen, daß zwischen uns und Deutschland die Diplomatie so bald nach dem Besuch des Kaisers und nach der augenscheinlichen Besserung der gegenseitigen Beziehungen zu einem Punkte der Spannung gekommen ist. Wir erkennen plötzlich, daß die Algeciras-Akte und die folgende deutsch-französische Verständigung mehr ein diplomatisches Flickwerk waren als eine Lösung der Marokko-Probleme und der Fragen, die dem Problem zu Grunde lagen. Es gereicht jetzt allen zum Vorteil, daß die Wirklichkeiten ins Auge gefaßt werden, und eine wirkliche Auseinandersetzung stattfindet. Wir glauben keinen Augenblick, daß dies ohne Opfer auf beiden Seiten möglich ist. Das Blatt bekämpft weiter die Legende, daß England bestrebt sei, eine angemessene Expansion Deutschlands zu verhindern, die ihm notwendigen Zugänge zur See zu versperren und seine Diplomatie in der ganzen Welt zu durchkreuzen, und schließt: Wir haben keine solche Absicht und freuen uns, daß der Premierminister durch seine öffentliche Erklärung beweisen konnte, daß wir einen deutsch-französischen Ausgleich in Westafrika nicht zu verhindern beabsichtigen. Wir wünschen aufrichtig das Aufkommen einer Legende zu verhindern, die, wenn sie unwidersprochen bliebe, einer deutsch-englischen Rivalität neue Gelegenheit und eine schärfere Spitze geben würde.

• • •

London, 28. Juli. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist in der internationalen Lage keine neue Entwicklung zu verzeichnen. Es liegt keine Berechtigung für das Gerücht vor, daß eine internationale Konferenz einberufen werden soll, um die aus den Vorgängen in Marokko entstandene Lage zu besprechen. Es wird darauf hingewiesen, daß angesichts der gestrigen Erklärung des Premierministers von seiten Großbritanniens kein solcher Vorschlag gemacht werden könnte, wenn es aber bis es nicht klar hervorteten würde, daß Frankreich und Deutschland nicht im stande seien, eine befriedigende Lösung untereinander zu erreichen, und daß, selbst wenn ein solcher Stand der Dinge eintreten sollte, alles, was Seiner Majestät Regierung für Großbritannien für notwendig halte, darin besteht, daß es einen aktiven Anteil an jeder Besprechung über die Lage nehmen müßte, durch die seine Interessen berührt werden oder berührt werden können.

• • •

London, 29. Juli. Auf einer Versammlung der englisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft, die gestern nachmittag hier unter dem Vorsitz von Sir Frank Lascelles abgehalten wurde, gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die englisch-deutsche Freundschaftsgesellschaft betrachtet mit Besorgnis die Meinungsverschiedenheiten, die bezüglich Marokkos entstanden sind, und wünscht ihrer aufrichtigen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die öffentliche Meinung in England wie in Deutschland während des Verlaufs der Unterhandlungen eine Haltung ruhiger Abwägung der auf beiden Seiten vertretenen Ansichten bewahren und alles in ihrer Macht stehende tun werde, um die herzlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland zu erhalten.

• • •

Rambouillet, 28. Juli. In der heutigen Sitzung des Ministerrats sprach Minister Delcassé auch über die auswärtige Lage und die schwebenden Verhandlungen, die einen normalen Verlauf nähmen.

• • •

Madrid, 28. Juli. Ministerpräsident Canalejas teilt mit, der Ministers des Äußern Garcia Prieto habe heute vormittag in San Sebastian eine Unterredung mit dem französischen Botschafter Geoffray gehabt, um den Inhalt des modus vivendi endgültig festzulegen. Den spanischen Truppen seien Instruktionen gegeben und dem Machsen mitgeteilt worden, daß die beiden Regierungen in Zukunft direkt verhandeln würden, wenn es erforderlich sein sollte.

• • •

Paris, 28. Juli. Wie aus Casablanca vom gestrigen Tage gemeldet wird, setzt Oberst Brandière seine Operationen im Gebiet der Zaers ohne Zwischenfall fort. Die Uled Amiran haben ihm ihre Unterwerfung angeboten.

Zur albanesischen Frage.

Den Blättern zufolge wurden vor dem Hause des neuen Stabschefs der Armee in Albanien, des Obersten Pertem, brennende Zündstoffe gefunden, die auf den Versuch einer Brandstiftung schließen lassen.

Saloniki, 28. Juli. Eine amtliche Meldung besagt, Tourut Schewket Pascha sei von Skutari nach Konstantinopel abgereist und Essad Pascha habe das Kommando übernommen.

Das österreichische Abgeordnetenhaus

nahm am 28. d. M. die Bankvorlage und die damit zusammenhängenden Regierungsvorlagen in zweiter und dritter Lesung an und setzte sodann die Verhandlung der Dringlichkeitsanträge über die Drohobyczer Wahlunruhen fort. Die Minister des Innern und der Landesverteidigung gaben eine eingehende Darstellung der Vorfälle und erklärten, die Schuld an den tiefbedauerlichen Ereignissen treffe gewissenlose Agitatoren, nicht aber die Beamten oder die bewaffnete Macht.

Im ungarischen Abgeordnetenhause

kam es am Freitag zu einem Zwischenfall. Der Präsident meldete ein Urlaubsgesuch des Abg. Ostffy an mit dem Bemerken, er bringe das Gesuch nur darum zur Abstimmung, weil Ostffy ein früheres Urlaubsgesuch zurückgezogen habe. Hierauf führten zahlreiche Redner der Opposition in offenbar obstruktionistischer Absicht aus, ein Abgeordneter könne auch mehrmals in derselben Session Urlaub verlangen. Der Präsident erklärte unter stürmischer Zustimmung der Regierungspartei, daß in derselben Frage nicht mehrmals Beschluß gefaßt werde, und daß er nicht gestatten werde, daß die Hausordnung lächerlich gemacht werde. Gegen Schluß der Sitzung beantragte Graf Apponyi Vertagung bis zum 25. September. Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary erwiderte, der Hinweis des Grafen Apponyi darauf, daß die Wehrvorlage in Oesterreich noch nicht verhandelt worden sei, sei für das ungarische Abgeordnetenhaus nicht maßgebend, da der ungarische Reichstag ganz nach eigenem Ermessen die Geschäfte erledige. Der Antrag Apponyis wurde mit großer Mehrheit abgelehnt und die nächste Sitzung auf morgen anberaumt.

Die Frage der Heeresleitung in Frankreich.

Rambouillet, 28. Juli. Im Ministerrat unterzeichnete Präsident Fallières die Dekrete, durch die ein höherer Rat für die Landesverteidigung eingesetzt wird. Er setzt sich zusammen aus den Ministern des Krieges, des Aeußern, der Finanzen, der Marine und der Kolonieen und steht unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten. Dem Rat wird eine ständige Studienabteilung beigegeben werden, gebildet aus drei höheren Offizieren, und zwar aus den Chefs der militärischen Operationsbureaus in den Ministerien des Krieges, der Marine und der Kolonieen. Der Generalstab der Armee und der technische Ausschuß des Generalstabes werden künftig von einem General abhängen mit dem Titel Chef des allgemeinen Generalstabes, der in Kriegszeiten den Oberbefehl über die Hauptarmee führt. Der oberste Kriegsrat bleibt bestehen. Er besteht aus den kommandierenden Generalen der Armee. Der Posten eines Vizepräsidenten des Kriegsrats wird durch die Schaffung eines Chefs des allgemeinen Generalstabs unnötig und wird abgeschafft. Der Posten eines Chefs des allgemeinen Generalstabes wird General Joffré übertragen. Der Generalstab der Armee bleibt unter der unmittelbaren Leitung des Generals Dubail. Jeder Armeekommandant hat ständig zu seiner Verfügung seinen Generalstabschef und einen Vertreter des Generalstabs der Armee.

Ferner wurde im Ministerrat beschlossen, daß den großen Flottenmanövern, die am 4. September beginnen werden, eine Flottenschau vorausgehen soll, die Präsident Fallières abhalten wird unter Teilnahme der Mitglieder der Regierung.

Bandenbewegung in Mazedonien.

Saloniki, 28. Juli. Amtlichen Berichten zufolge tauchen in der Gegend von Siatista und Grabena neue griechische Banden auf, welche eilig in das Innere des Landes vordringen. Die verfügbaren türkischen Truppen werden als unzulänglich für die Verfolgung bezeichnet. Seit drei Tagen sind insgesamt sechs griechische Banden in einer Stärke von 25 bis 45 Mann gesehen worden. Die Meldungen heben die Anwesenheit beurlaubter griechischer Offiziere bei den Banden hervor. Eine bulgarische Bande von 50 Mann unter Kawadiew überschritt bei Demirkapu trotz der Streckenwache den Wardar und die Bahn und zog nach Köprülü weiter, um das Wilajet Monastir zu erreichen.

Kleinere politische Nachrichten.

Königin Wilhelmina und Prinz Heinrich der Niederlande haben am Freitag nachmittag nach herzlicher Verabschiedung von dem König und der Königin der Belgier die Rückreise nach dem Haag angetreten. — Der türkische Botschafter in Paris **Rauum Pascha** ist am Freitag abend, während er in einer Gesellschaft weilte, plötzlich gestorben. — Nach einer Meldung aus Washington hat der Spähkreuzer Salem Befehl erhalten, nach Port-au-Prince zu gehen. Es ist das fünfte amerikanische Kriegsschiff, das in die Gewässer von **Haiti** entsandt wird.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser traf an Bord der Hohenzollern nebst Begleitschiffen gestern um 6 Uhr 20 Min. Abends im Hafen von Swinemünde ein. Es herrschte das herrlichste Wetter. Die Festung gab den üblichen Salut ab. Die Besatzung des Schulschiffes des Deutschen Schulschiffvereins Großherzogin Elisabeth, das dort im Hafen liegt, hatte in den Masten Paradeaufstellung genommen. Eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge begrüßte den Kaiser mit jubelnder Begeisterung. Der Kaiser dankte wiederholt.

* Se. Königliche Hoheit Prinz Oskar von Preußen ist gestern abend um 10 Uhr 15 Min. vom Potsdamer Bahnhof nach Kassel abgereist.

* Das Befinden des Papstes bessert sich andauernd; Empfänge finden aber noch nicht statt.

** Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg ist am Freitag abend aus Hohenfinow hier eingetroffen und hat sich heute mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Kiderlen-Waechter zum Vortrag bei Sr. Majestät dem Kaiser und König nach Swinemünde begeben.

* Der deutsche Botschafter in Wien v. Tschirschky und Bögendorff ist hier eingetroffen und im Hotel Adlon abgestiegen.

** Der in das Auswärtige Amt einberufene Konsul Vassel aus Fez ist hier eingetroffen.

Zeitungsschau.

— Der Kölnischen Zeitung wird aus Berlin telegraphisch mitgeteilt:

Sowohl in London und Paris wie auch in Berlin wird die Rede des englischen Ministerpräsidenten in ausführlichen Betrachtungen erörtert. Auch in hiesigen maßgebenden Kreisen sieht man mit Befriedigung, daß England eine freundschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wünscht. Man ist aber nicht der Ansicht, daß der unmittelbare Einfluß der Rede auf die Verhandlungen so groß sein wird, wie man an manchen Stellen anzunehmen scheint. Jedenfalls wird die Haltung Deutschlands in dieser Frage nach wie vor nur durch die eigenen wohl erwogenen Interessen bestimmt bleiben.

Deutsches Reich.

* Bei der **Landtagsersatzwahl** im Wahlkreise Merseburg 5—Eisleben wurde Landrat v. Hassel in Mansfeld (k.) mit sämtlichen 532 abgegebenen Stimmen gewählt.

* Dem **wöchentlichen Saatenstandsbericht** der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats ist zu entnehmen:

Auch in der abgelaufenen Woche herrschte in ganz Deutschland eine alles versengende Hitze. Gewitter haben seit dem 23. zahlreich stattgefunden, die sie begleitenden Niederschläge waren aber im allgemeinen gering. Da die allgemeinen Bedingungen, die dieser ungewöhnlichen Witterungszustand herbeigeführt haben, jetzt eher noch in verstärktem Grade vorhanden sind, so ist, wie unser meteorologischer Berichterstatter mitteilt, ein Ende der außerordentlichen Hitze und Trockenheit einstweilen noch nicht abzusehen. Es ist sogar zu befürchten, daß in nächster Zeit etwas frischere, östliche Winde, die allerdings die Hitze erträglicher machen, zur weiteren Austrocknung des Bodens noch mehr beitragen werden. Sind diese Witterungsverhältnisse vor allem für die Hackfrüchte und Futterpflanzen von verderblichem Einfluß gewesen, so haben sie insofern auch auf die Halmfrüchte nachteilig eingewirkt, als vielfach beim Weizen und fast überall beim Hafer Notreife eingetreten ist. Mehrfach mußte infolgedessen mit dem Schnitt dieser beiden Fruchtarten bereits begonnen werden. Die Erträge beim Roggen scheinen, soweit nicht dünner Stand das Ergebnis beeinträchtigt, zu befriedigen, nur auf leichten Böden ist man mit dem quantitativen Ergebnis weniger zufrieden. Bezüglich der Hackfrüchte konstatieren die meisten Berichterstatter eine weitere Verschlechterung, und auch dort, wo sich die Kartoffeln bisher noch widerstandsfähig gezeigt hatten, beginnt das Kraut abzuwelken. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse bei den Rüben, die jetzt zwar frei von Unglezieer sind, trotzdem aber nicht vorwärts kommen, da die Trockenheit ihr Wachstum behindert. Bei den Hackfrüchten die Lage indes keineswegs so aussichtslos, daß bald eintretende durchdringende Niederschläge nicht noch eine erhebliche Besserung herbeiführen könnten, so scheinen bezüglich der Futterpflanzen ähnliche Hoffnungen kaum noch berechtigt. An einen zweiten Kleeschnitt ist meist nicht mehr zu denken, und auch der unter Roggen gesäte junge Klee gibt meist zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Wiesen und Weiden sind in vielen Gegenden vollständig ausgebrannt, man ist deshalb vielfach schon jetzt gezwungen, zur Trockenfütterung überzugehen. Stellenweise hat der Futtermangel bereits zu Notverkäufen geführt.

npc. Vermöge vielfacher Aenderungen, die das **Reichsstempelgesetz** in den letzten 5 Jahren erfahren hat, ist eine